

## Ein winziger Pappenstiel von 243 Millionen

PKW-Maut: „Fahrlässiger Scheuer?“ und „Scheuers Entscheidung“, FR-Politik vom 1. August und -Meinung vom 2. August

### Könnte Scheuer haftbar gemacht werden?

Ist Andreas Scheuer schadenersatzpflichtig? Als der damalige CSU-Verkehrsminister die Entscheidung über die Einführung einer PKW-Maut in Deutschland fällte, war ihm bekannt, dass der Europäische Gerichtshof (EuGH) über diese Angelegenheit noch entscheidet. Ihm musste also klar sein, dass auch ein Scheitern seiner Mautpläne im Bereich des Möglichen ist. Trotzdem fällte er die Entscheidung, die die PKW-Maut in Deutschland einzuführen. Bei Beamten und Beamtinnen wäre ein solches Verhalten als grob fahrlässig einzustufen.

Bei grob fahrlässigem Handeln ist nach Beamtenrecht der Beamte oder die Beamtin haftbar zu machen für sein/ihr Handeln. Es stellt sich also die Frage, ob Scheuer ebenfalls für sein Handeln haftbar zu machen ist. Mich wundert, dass in der Öff-

entlichkeit diese Frage nicht gestellt wird. Einen Präzedenzfall gibt es: Der damalige rheinland-pfälzische Finanzminister Deubel ist für seine Entscheidung bezüglich des Nürburgringes durch Gerichte haftbar gemacht worden. Rainer Frank, Nieder-Olm

### Wo Merzens Schärfe am rechten Platz wäre

Die CDU möchte einen Untersuchungsausschuss eingerichtet sehen wegen der Rolle, die Bundeskanzler Scholz in seiner Funktion als Erster Bürgermeister der Hansestadt Hamburg im Geschehen um die bekannten 47 Millionen Euro gespielt hat. Und das ist auch gut so! Aber wann endlich will sich die CDU stark machen dafür, dass dem Steuerzahler die 243 Millionen zurückgezahlt werden, die der ihrer Schwesterpartei CSU angehörende Katastrophen-Verkehrsminister Scheuer in den Sand gesetzt hat? Und dafür, dass solche Leu-

te nicht mehr in Ämtern sitzen dürfen, wo solche Beträge verwaltet werden? Bei solchen Themen, Herr Merz, sind Ihre scharf geschliffenen Worte am rechten Platz! Gerhard Schlesinger, Eppstein

### Auf geht's zum nächsten Drecksloch

Andreas Scheuer hat den Karren in den Dreck gefahren und da steckt der Karren nun fest. Wir alle, die Steuerzahler sollen ihn wieder herausziehen, denn das neue Drecksloch dürfte schon irgendwie und irgendwo bereitstehen, und da schieben wir diesen Dreckskarren am besten gleich davor. – Alles nur Mumpitz, Humbug, Unfug. Der Steuerzahler wird's schon zahlen, und dann ist dieser Andreas Scheuer auch schonungslos mit dabei. Wer keine anderen Sorgen hat, als diesen winzigen Pappenstiel im Wert von 243 Millionen, der hat wirklich keine anderen Sorgen! Klaus P. Jaworek, Büchenbach

## Entscheidend sind Respekt und Teilhabe

Zu: „Kippunkte der Demokratie“ u. „Für Freiheit, gegen Hass und Hetze“, FR-Tagesthema vom 28.7. und -Meinung vom 9.8.

### Unsere Grundordnung hat Schnupfen, mehr nicht

Unsere Demokratie steht keinesfalls am Abgrund; sie taumelt nicht wie ein schwerkranker Patient zum Notfallwagen, um kurz vor dem Kollaps in die Intensivstation eingeliefert zu werden. Unsere demokratische Staatsform mit ihrer bewährten freiheitlichen Grundordnung – die beste Staatsform, die es je auf deutschem Boden gegeben hat – ist weit von einem „Kippunkt“ entfernt; er ist definiert als „kritischer Grenzwert, an dem eine kleine zusätzliche Störung zu einer qualitativen Änderung im System führen kann“. Ein Blick auf die repräsentativen Umfragen zum Parteienspektrum zeigt: Allen Unkenrufen zum Trotz steht unsere Demokratie auf fes-

tem Boden. Ihre Fundamente sind stabil. Ihr Immunsystem ist stark: Die Selbstheilungskräfte dieses Systems sind dem akuten „Schnupfen“ durchaus gewachsen. Dubiose Kurpfuscher sind überflüssig. Unsere Demokratie ist weitaus stärker, als selbsternannte Realisten meinen. Sie ist keinesfalls schwach, wie manche hoffen. Gerhard Schuler, Kelkheim

### Demokratie ist Realität und Auftrag zugleich

Renan Demirkan sieht Hass und Hetze, verbreitet bei AfD-Wählern, schlüssig als Gefährdung der Demokratie. Sie fordert auf, 1000 Ideen zu sammeln für ein selbstbestimmtes Ich, ein respektvolles Wir. Voilà, hier meine Idee. Viel ist zu hören von Unzufriedenheit mit der Demokratie.

Bloß wird nicht sondiert: mit zu viel oder zu wenig Demokratie? Richtig selbstzufrieden können konsequente Demokraten nicht sein: Es fehlt an Wirtschaftsdemokratie und an solcher sozialer Gerechtigkeit, die für alle Bürger sicherstellt, dass sie, statt durch Existenznöte absorbiert, den Kopf frei haben für Mitbestimmung, politische und kulturelle Teilhabe. Die plurale Gesellschaft ist für die Einzelnen mehr oder weniger offen, je nach materieller Ausstattung, Bildungsstand und sozialer Anerkennung. Die Demokratie ist sowohl Realität als auch Auftrag! Sie ist nicht nur von Rechts gefährdet. Was hilft? Gemeinwohl-Ökonomie auf Basis erweiterter Mitbestimmung, materielle Besserstellung der unteren 25 Prozent, Respekt.

Klaus Philipp, Darmstadt

## Wir müssen die Besten und Reichsten sein

Ökonomische Flaute in Deutschland und EU: „Schwächelnder Riese“, FR-Wirtschaft vom 1. August

Die deutsche Wirtschaft klagt über Flaute und fordert Maßnahmen von der Regierung, um das Wachstum anzutreiben. Bei den großen Unternehmen sei es nicht so schlimm wie beim Mittelstand. Dazu beklagen die Verbraucher hohe Preise und befürchten Wohlstandsverlust und Verarmung. Gleichzeitig machen die Einzelhändler Gewinne, obwohl der Umsatz sinkt. Dass die Stimmung schlecht ist, wundert nicht. Warum?

Wir haben die Folgen der Coronakrise zu verkraften. Unsere Hauptenergieversorgung wurde gekappt. Wir haben immense Ausgaben für Rüstung, Ukrainehilfe und einen Einwohnerzuwachs von mehr als zwei Millionen. Hat alles viel Geld gekostet.

Da hätte der Weiterbetrieb von drei Kernkraftwerken auch nicht viel gerissen. Wer durch diese Ereignisse Verluste erlitten hat, kann sie entweder ausgleichen oder nicht. Nicht ausgleichen können alle, die wirtschaftlich abhängig sind: Arbeitnehmer, Rentner, Kinder, Studenten. Sie haben jetzt weniger in der Tasche. Alle, die Verteuerung weitergeben können (Produzenten, Dienstleister), können Preise erhöhen, was sie auch reichlich getan haben, und so den Wohlstandsausfall schnell wieder ausgleichen. Überreizen sie, droht allerdings Insolvenz, denn die Abhängigen werden weniger konsumieren.

Ich glaube, dass eine grundsätzliche Neuausrichtung der Wirtschaft dringend erforderlich

ist. Der Wachstumsindikator BIP als „heilige Kuh“ des Wohlstandes sollte durch einen Indikator ersetzt werden, der das Lebensglück der Menschen mit einbezieht. Geld und Konsum ist nicht das alleinige gute Leben. Es gehört so viel mehr dazu, um sich wohl zu fühlen, und das ist nicht unbedingt käuflich (intakte Natur, soziale Verbindungen, gute Infrastruktur usw.)

Oft höre ich in meinem Umfeld: „Die Regierung macht alles falsch. Mit unserer Wirtschaft geht es bergab. Aber eigentlich, verglichen mit der übrigen Welt, geht es uns ganz gut – wir jammern auf hohem Niveau.“ Müssen wir wirklich immer die Ersten, die Besten, die Reichsten sein? Rosemarie Pfeiffer, Gelnhausen



### BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

**Schreiben Sie an:**  
Bronski  
Frankfurter Rundschau  
60266 Frankfurt am Main

**Mailen Sie an:**  
Bronski@fr.de oder  
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter [www.frblog.de](http://www.frblog.de) veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

### ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: [frblog.de/f20230816](http://frblog.de/f20230816)

### FR ERLEBEN

**Jutta Rippegather und Hanning Voigts** moderieren die Diskussion „Alles im Wandel – wo bleibt der Mensch?“ Eine Veranstaltung der FR zur Hessenwahl. Mit Tarek Al-Wazir (Wirtschaftsminister, Spitzenkandidat der Grünen), Nina Haible-Baer (Psychotherapeutin, Goethe-Uni Frankfurt), Jörg Köhlinger (IG Metall).  
**Donnerstag, 7. September, 19 Uhr Haus am Dom, Frankfurt**

**Claus-Jürgen Göpfert** spricht mit der Historikerin Marie-Luise Recker und dem Historiker Michael Fleiter über das Buch „Tradition und Wandel Frankfurt am Main“.  
**Donnerstag, 7. September, 19.30 Uhr Buchhandlung „Weltenleser“ Oeder Weg 14, Frankfurt**

**Claus-Jürgen Göpfert** moderiert die Podiumsdiskussion zum 50. Jahrestag des Militärputsches in Chile unter dem Titel „Nunca Más – Nie wieder“. Mit Ruth Kries (Unidad Popular), Dieter Hooge (Chile-Solidarität), Robert Kohl-Parra (chilenische Linke) und Lucia Suau Arinci (IG Metall).  
**Sonntag, 10. September, 11 Uhr Gewerkschaftshaus Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77 Frankfurt**

### HESSENWAHL 2023

Die FR wird zur Hessenwahl Interviews mit den Spitzenkandidatinnen und -kandidaten der demokratischen Parteien führen, die im aktuellen Landtag vertreten sind: mit Boris Rhein (CDU), Nancy Faeser (SPD), Elisabeth Kula und Jan Schalauske (Linke), Tarek Al-Wazir (Grüne) und Stefan Naas (FDP). Haben Sie Fragen an diese Volksvertreter:innen? Dann möchten wir Sie einladen, uns diese Fragen zu mailen. Welche Fragen genommen werden, entscheidet das Los. Fragen und Antworten werden mit den Interviews veröffentlicht. Einsendung bitte an: [forum@fr.de](mailto:forum@fr.de). Betreff: „Hessenwahl23“. Benennen Sie in Ihrer Mail die Person, an die Sie Ihre Frage richten. Geben Sie bitte auch Ihren Vor- und Nachnamen sowie Telefonnummer an, falls wir Rückfragen haben. Einsendeschluss: 20. August. Alle Informationen auch im FR-Blog: [frblog.de/hessenwahl23](http://frblog.de/hessenwahl23)  
Wir lesen uns. Ihr Bronski

## Ab in den Ruhestand

„E-Rezept“: „Lauterbach will weg vom Papier“, FR-Wirtschaft vom 10. August

Das E-Rezept als „frohe Botschaft“? Leider übernimmt die FR Lauterbachs Argumentation. Ist das jahrzehntelang bewährte rosa Rezept wirklich ein Hauptproblem unseres Gesundheitswesens? Zum Beispiel schafft es der Minister seit Monaten nicht, dass wichtige Medikamente wie Penicillin zur Verfügung stehen. Dadurch haben die Patienten echte Nachteile, weil auf schlechtere Alternativen zurückgegriffen werden muss.

Das E-Rezept wird keine wesentlichen Vorteile für Patienten bringen. Die Praxen werden nicht erleichtert, sondern noch abhängiger von teuren, nicht immer sicher laufenden Systemen. Welche Lösung gibt es für Rezepte bei Hausbesuchen? Aber der Arzt, der noch Hausbesuche macht, ist in diesem System sowieso der Depp. Profitieren werden Softwareindustrie und Krankenkassen. Und dann wandern unsere Gesundheitsdaten noch an die Pharmaindustrie weiter. Ob die für dieses Geschenk wenigstens bereit sein wird, uns wieder mit Medikamenten zu versorgen, deren Gewinnspannen nicht ihren Zielen entsprechen? Da verabschiede ich mich lieber zum Quartalsende in den vorzeitigen Ruhestand.  
Dr. med. Peter Koswig, Korbach

## Kein Bedarf an mehr CDU

Zu: „Mehr Geld für bessere Kitas“, FR-Politik vom 5. August

Solange SPD, Grüne und FDP 50 Milliarden für Rüstung und nur vier Milliarden für Kitas ausgeben, besteht kein Bedarf, CDU zu wählen.

Thomas Klikauer, Sydney (AUS)